Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ausschl. Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 6638 des amtl. Zeit.-Verz.

Chefredacteur:
Carl Oehlmann in Halle S.
Sprechstunde auf der Redaktion 11—1 Uhr.
[Fernsprecher: Redaktion Nr. [illegible]. — Expedition Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Vierunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pf.
Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 155. **Halle a. d. Saale, Montag, den 2. April** **1900.**

Byzantinismus.

Es ist keine erfreuliche Erscheinung in unserem öffentlichen Leben, daß sich seit einigen Jahren eine Art von Byzantinismus breit macht und immer aufdringlicher entfaltet, oder an die schlimmsten Zeiten der alten römischen Kaiserherrlichkeit erinnert. Es ist gewiß etwas Schönes, die Liebe zu Kaiser und Fürstenhaus zu hegen und zu pflegen, aber die patriotische Gesinnung darf nicht als Marktwaare zur Schau gestellt werden und darf nicht in schweifwedlerische Liebedienerei ausarten. In immer wachsendem Maße wird die Person des Kaisers in den Streit des Tages gezogen. Das Bestreben, das Wohlgefallen hoher Stellen zu erregen, treibt kuriose Blüthen; Vereine und Konventikel, die irgend eine von oben gewünschte Tendenz verfolgen, halten sich für verpflichtet, den Kaiser anzutelegraphiren und von dieser „That" der Oeffentlichkeit Kunde zu geben. Massenhaft werden Bilder des Kaisers in den Schulen vertheilt und auch als Prämien verwendet. Ueber das Kapitel: Byzantinismus in der Schule ließe sich überhaupt ein eigenes Buch schreiben; besonders hat der Geschichtsunterricht unter dem Bestreben zu leiden, die geschichtlichen Vorgänge und die Wirksamkeit der Fürsten in usum Delphini zuzuschneiden. Wie auf dem Theater künstlerische Interessen hinter byzantinische Erwägungen zurückgestellt werden, hat die kürzlich mitgetheilte Aeußerung eines Hoftheaterbeamten gezeigt, wonach Hohenzollernfürsten auf dem Theater nur in „heldenhafter Unfehlbarkeit" erscheinen dürfen.

Ein scharfes Schlaglicht auf solche liebedienerischen Strebereien hat die in letzter Zeit viel kommentirte Mittheilung geworfen, daß in manchen Schulen der zweite Vers der Nationalhymne nicht gesungen werden darf, weil darin die Behauptung aufgestellt wird, daß nicht „Roß' und Reisige", sondern die „Liebe des freien Mannes" die feste Stütze des Thrones sei. Diesen Byzantinismus scharf zu rügen sieht sich selbst ein so monarchisch-loyal gerichtetes Blatt wie die „Tägliche Rundschau" genöthigt. Zutreffend bemerkt sie, daß Gründe des poetischen Geschmacks dabei wohl nicht in Frage kommen können, sonst müßte der ganze Text wegbleiben und durch einen besseren ersetzt werden. Die zweite Strophe ist dichterisch genau so schlecht wie alle übrigen. Es kann also nur der Gedanke, daß die Liebe des freien Mannes die festeste Grundlage des Herrscherthrones bilde, Beklemmungen erweckt haben. Danach könnte es sich unter Umständen, falls nämlich die Weglassung nicht doch auf einem Zufall beruht, um einen Akt des thörichtsten und verächtlichsten Byzantinismus handeln, der ans Licht gezogen werden muß. Die Sache könnte vielleicht manchem lächerlich erscheinen, aber sie ist ernst, bitter ernst. Solche schiefen und jämmerlichen Ansichten über die Monarchie und monarchische Gesinnung fallen in den Augen mangelhaft unterrichteter Leute auf den Monarchen selbst zurück; sie fälschen geradezu das Bild des Kaisers in den Augen des Volkes. Der schlichte Mann glaubt, so etwas müsse doch wohl vom Kaiser selbst ausgehen und gebilligt sein; er ahnt nicht, was an den zwischen ihm und dem Kaiser stehenden Stellen theils aus Thorheit, theils aus strieberischer Furchtsamkeit eigenmächtig gesündigt wird. Dieses Treiben schadet der Monarchie mehr als alle Sozialdemokraten zusammen.

Der gekennzeichnete Vorgang hat den „Stuttgarter Beobachter" zu einer bitteren, aber gelungenen Satire veranlaßt, die wir wiedergeben wollen, weil sie zeigt, wie solche Vorgänge in preußischen Schulen in anderen deutschen Gauen aufgefaßt werden. Sehr ernstlich wurde jüngst in einer Versammlung von Pädagogen, unter denen eine große Anzahl von Reserveoffizieren sich befand, die Frage erörtert, ob man, nachdem die Strophe „Liebe des Vaterlands, Liebe des freien Mannes gründen den Herrscherthron, wie Fels im Meer", aus den schulfähigen Liedern gestrichen ward, noch das Kerner'sche Lied vom alten Württemberger Eberhard unbeanstandet über die preußische Grenze lassen dürfe. Denn wenn es da heiße: „Doch ein Kleinod hält's verborgen, Daß in Wäldern noch so groß Ich mein Haupt kann kühnlich legen Jedem Unterthan im Schoß" — so sei das inhaltlich doch nichts anderes, als was in den der loyalen Censur nun verfallenen Versen der preußischen Nationalhymne ausgesprochen worden sei. Werde aber ein einheimisches Produkt als gefährlich ausgerottet, so könne man doch nicht ein ausländisches, mindestens ebenso schlimmes, wieder aus dem zuchtlosen Süden importiren. Und nun wollte die würdige Versammlung einen Vernichtungsbeschluß fassen, da kam einem findigen Gymnasialoberlehrer ein rettender Gedanke. Er meinte sehr weise: „Seien Sie man ruhig, meine Herren! Ich jloobe, das richtigste jefunden zu haben. Sehen Sie, in dem Schwabenlied heißt's: Und es rief der Herr von Sachsen, der von Bayern, der vom Rhein: ‚Graf im Bart, ihr seid der Reichste, einer Land trägt Edelstein!' Ein Preuße is nich drunter; eine solche Dummheit hätt' er nie nich jesagt. Drum is das Schwabenlied für uns Preußen unverfänglich und kann auch weiter bei uns jesungen und jelesen werden." Und alle, die im Rathe waren, fielen ihm zu. — Der Scherz hat eine bitter ernste Kehrseite, und alle, die es angeht, sollten Veranlassung nehmen aus solchen Vorgängen, mit Nachdruck byzantinischen Ausschreitungen entgegenzutreten.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

* Der Großherzog von Hessen ist in Kiel zu kurzem Besuch bei dem Prinzen und der Prinzessin Heinrich von Preußen eingetroffen.

* Prinz Heinrich von Preußen ist in Begleitung seines Adjutanten, Korvetten-Kapitäns v. Witzleben, am Sonnabend nachmittag auf Einladung des „Norddeutschen Regatta-Vereins" nach Hamburg gereist.

* Der wegen seiner Kanalabstimmung gemaßregelte Regierungspräsident v. Jagow ist, wie die „Nationalltb. Korresp." bestätigt, zum Präsidenten der Centralgenossenschaftskasse als Nachfolger des verstorbenen Frhrn. v. Huene ausersehen.

* Von dem Kaiser ging am 1. April dem Oberbaudirektor Franzius zu Bremen, dem Schöpfer der Unterweser-Korrektion, zu seinem 25jährigen Dienstjubiläum ein Glückwunschtelegramm zu. Auch sonst wurden dem Jubilar von Behörden, Korporationen und Privaten reiche Ehrungen zu theil.

* Aus Petersburg wird unterm 1. April gemeldet: Anläßlich des heutigen Geburtstages des deutschen Botschafters Fürsten Radolin traf heute früh ein werthvolles Geschenk des deutschen Kaisers ein. Ferner sandte der deutsche Kaiser dem Fürsten Radolin ein überaus gnädiges Glückwunschtelegramm und verlieh dem Botschafter zur Belohnung für seine treuen Dienste das Kreuz der Groß-Komthure des Königlichen Hausordens von Hohenzollern, zugleich die Hoffnung aussprechend, daß der Fürst dasselbe noch lange in Ehren tragen möge.

* In Stuttgart ist der Kultusminister Dr. v. Sarwey infolge eines Schlaganfalles gestorben.

Kein Fleischeinfuhrverbot — keine Flotte.

Als im Reichstag bei der Verhandlung über das Fleischschongesetz die Redner der Linken darauf hinwiesen, daß die Agrarier die Zustimmung zum Flottengesetz sich abkaufen lassen wollten durch das Zugeständniß des Fleischeinfuhrverbots, da thaten die Herren auf der Rechten sehr entrüstet. Dem freisinnigen Abg. Fischbeck gegenüber, der in scharfer Art den eigenartigen agrarischen Patriotismus geißelte; sie gefielen sich in scharfen Zwischenrufen, die dem an derben Ausdrücken sehr reichhaltigen agrarischen Lexikon entnommen waren. Daß aber thatsächlich für die Agrarier das Fleischeinfuhrverbot Vorbedingung für die Zustimmung zur Flottenvorlage ist, zeigt die weitere Entwicklung der Angelegenheit und lehrt ein Blick in die agrarische Presse.

Es wird jetzt gemeldet, daß der Ausschuß des Bundes der Landwirthe am 29. d. M. eine außerordentliche Sitzung abgehalten hat, um zu dem Entwurf eines Fleischschongesetzes Stellung zu nehmen. Wie die „D. Tageztg." erfährt, hat derselbe fast einstimmig sich dahin ausgesprochen, daß es für die deutsche Landwirthschaft unmöglich sei, über die Beschlüsse der zweiten Lesung hinausgehende Konzessionen zu machen. Ein ähnlicher Beschluß des Bundes der Landwirthe ist schon früher gefaßt worden. Im Sinne dieser Stellungnahme bewegen sich die Ausführungen der agrarischen Presse. Am kräftigsten betreibt die Stimmungsmache wieder der sattsam bekannte Herr Klapper, der in seiner „Agrar-Korrespondenz" direkt die Landwirthe auffordert, falls das Fleischeinfuhrverbot nicht durchgehen sollte, gegen Kanal, gegen Flotte, gegen alles zu stimmen, was direkt oder indirekt Handel und Industrie stärken könne. Auch die parteiofficiöse „Korrespondenz des Bundes der Landwirthe" sucht die Regierung in der Frage des Fleischschongesetzes kirr zu machen durch die Drohung, daß sonst die Landbevölkerung in nationalen Fragen, also zunächst wohl bei der Flottenvorlage, versagen könne. Die agrarische Korrespondenz versteigt sich sogar zu der Drohung, daß die Nichterfüllung der agrarischen Forderung einen völligen Umschwung in den eingewurzelten Anschauungen der Landbevölkerung heraufbeschwören könne. Es würde dies nichts mehr und nichts weniger als die völlige Untergrabung unseres national-monarchischen Staatswesens bedeuten. Diese Drohung mit dem Umsturz des national-monarchischen Systems im Falle der Ablehnung der agrarischen Forderungen beim Fleischschongesetz übersteigt noch die bekannte agrarische Parole: „Kein Kanitz, keine Kähne!" Freilich ist die Drohung mit der Abschwenkung der Bündler zur Sozialdemokratie nichts Neues. Schon vor sieben Jahren hat der Mitbegründer des Bundes der Landwirthe Rupprecht-Mansern vorgeschlagen, unter die Sozialdemokraten zu gehen, um gegen die Regierung Front zu machen.

Diese Haltung der Agrarier ist außerordentlich charakteristisch. Man weiß, wie dieselben Kreise sich zu entrüsten pflegen, wenn Militär- oder Marineforderungen von der linken Seite kritisch behandelt werden. Die Freisinnigen, die das thun, werden selbstverständlich als „Reichsfeinde" behandelt. Wenn aber die Herren Agrarier Opposition machen und in Wehrfragen einen richtigen „Kuhhandel" treiben wollen, dann heißt es: „Ja, Bauer, das ist ganz etwas anderes!"

Politisches.

* Ueber den materiellen Inhalt der Flottenvorlage, so schreibt die „Korrespondenz für Centrumsblätter", ist in der Budgetkommission noch gar nicht verhandelt worden. Es blieben auch zunächst noch verschiedene andere Fragen zu prüfen. So haben die Ausführungen des Reichsschatzamtssekretärs über die voraussichtliche Entwicklung der Reichsfinanzen nicht befriedigt. Er hat keine Uebersicht über die muthmaßlichen Ausgaben gegeben und sich bei den Einnahmen der Zukunft nur an die letzten fünf Jahre gehalten, die besonders günstig waren. Weiter fehlt noch die Prüfung der konstitutionellen Frage, der Frage, wie der Limitirungsparagraph des Flottengesetzes von 1898 mit der Vorlage zu vereinbaren ist usw. Von besonderer Bedeutung ist sodann, daß die Bestimmung über die Ersatzbauten in der Vorlage ganz unberührt gelassen wird. Die Begründung spricht zwar davon, daß gewisse fällig werdende Ersatzbauten zurückgestellt werden sollten; allein wenn die neue Vorlage bewilligt ist, kann die Regierung sich auf das Gesetz von 1898 berufen und verlangen, daß die fälligen Ersatzbauten zu der gesetzlich vorgeschriebenen Frist in Angriff genommen werden. Dagegen muß Vorkehrung getroffen werden. Das kann um so eher geschehen, als die Regierung in der Begründung ja selbst zugiebt, daß die Schiffe länger aushalten. Endlich wünscht der Fragebogen bekanntlich noch Aufschluß, wie die Interessen der Landwirthschaft bei der Flottenverstärkung gewahrt werden sollen. Somit bleiben noch viele Dinge zu erörtern, ehe man zu der Frage kommt, ob und welche Schiffe bewilligt werden sollen."

* Mit der Auflösung des Reichstages rechnet die „Post", falls der Vorschlag einer Reichserbschaftssteuer von der Regierung abgelehnt wird. Wenn die verbündeten Regierungen auf den Gedanken der Reichserbschaftssteuer eingehen, so ist nach Ansicht der „Post" die Flottenverstärkung in der Hauptsache gesichert, lehnen sie dagegen die Reichserbschaftssteuer ab, so sei aller Wahrscheinlichkeit nach die Flottenvorlage gescheitert und es werde ein Appell an die Wähler nothwendig. In sonst gut unterrichteten Kreisen erzählte man sich, daß Bestrebungen nicht ohne Aussicht auf Erfolg im Gange sind, eine Entscheidung in letzterem Sinne herbeizuführen. Die „Post" fabelt davon, daß eine starke Bewegung gegen den Bund der Landwirthe dazu benutzt werden solle, eine Wendung der Regierungspolitik im freihändlerischen Sinne herbeizuführen, fügt aber hinzu, daß sie selbst geneigt ist, die Nachricht von einer solchen Wendung für einen Aprilscherz zu halten. Ihre Angst vor einer Auflösung des Reichstages aus Anlaß der Flottenvorlage verräth die „Post" durch den Hinweis, daß dann bei den Neuwahlen die konservativen und nationalliberalen Schutzzöllner den Schutzzöllnern aus dem Centrum gegenüberstehen und so nothwendig ein Keil in die schutzzöllnerische Mehrheit des Reichstages getrieben werden würde. Deshalb sei es geboten, einmal fünf gerade sein zu lassen und die schwerwiegenden Bedenken gegenüber einer Reichserbschaftssteuer zu unterdrücken.

* Der in Karlsruhe tagende badische Handelstag nahm in seiner gestrigen Sitzung eine Resolution an, welche besagt, daß der Handelstag sich für die Genehmigung des dem deutschen Reichstage unterbreiteten neuesten Flottengesetzentwurfs ausspricht und betont, durch die Annahme dieser Vorlage werde die Sicherheit unseres Vaterlandes und die friedliche Entwicklung seiner Interessen gefördert, sowie die Ehre und Machtstellung Deutschlands auch für die Zukunft gewahrt werden.

* Wann kommt die Kanalvorlage wieder? Nach der Erklärung des Herrn v. Miquel im Herrenhause wird die Landtagssession sich möglicherweise sehr weit ausdehnen. Die „Post" nimmt an, daß die Kanalvorlage nicht eher an das Abgeordnetenhaus kommt, als bis das Zustandekommen des Flottengesetzes gesichert ist. Das werde vielleicht um Pfingsten sein. Die Kanalvorlage aber werde monatelange Kommissionsverhandlungen erfordern; somit könne sich die Tagung bis tief in den Hochsommer erstrecken. In der That kann das der Fall sein, wenn diese Ausführungen der „Post" den Absichten des Herrn v. Miquel entsprechen. Vielleicht aber kommt die Kanalvorlage in dieser Tagung überhaupt nicht mehr, ganz sicher nicht, wenn um die Flottenvorlage der Reichstag aufgelöst werden sollte. Hätten die Entschlüsse der preußischen Regierung dem Kraftaufwand bei der vorjährigen Entscheidung entsprochen, so wäre die Kanalvorlage längst eingebracht, auch die Entscheidung, wenn nicht schon erfolgt, so in naher Sicht, während jetzt in immer weiteren Kreisen mit einer „Versumpfung" des Entwurfs gerechnet wird, die freilich wenig geeignet wäre, das Ansehen des Staatsministeriums zu erhöhen.

* Ueber die lex Heinze hat sich Adolf Menzel gegenüber einem Vertreter der „Deutschen Warte" wie folgt ausgesprochen: „Die lex, die niemand nach seinem Namen nennen mag und die man deshalb nach dem Namen eines schweren Verbrechers getauft hat, ist eine Ungerechtigkeit, gegen die man Front machen muß. Mit einem solchen Gesetz überm Haupt wie ein Schwert des Damokles, verliert der Künstler alle Schaffensfreude. Ich will davon schweigen, daß darin Kunst und Zuhälterthum über einen Kamm geschoren werden. Aber der Schutzzugum wird einem ins Atelier gestellt. Ueberall sonst mag er nützlich sein, hier nicht. Es ist, als ob einem der Schutzmann über die Schulter hinweg auf die Finger sähe. Man hat diesem bei uns die Charge anbertraut, die in England der Lord Chamberlain bekleidet, die des obersten Kunstrichters und Normalmenschen. In einer solchen Gesellschaft vermag der Künstler nichts Ordentliches zustande zu bringen. Der Künstler muß allein sein, sagen wir mit seiner Muse. Er muß seine ganze Aufmerksamkeit auf sein Werk konzentriren und auf die Eingebungen lauschen, die ihm kommen, Gott weiß woher. Ich selbst habe deshalb keine Schüler gehabt, weil mir dieses Alleinsein ein Bedürfniß war. Ich bin so empfindlich gegen Störung, daß mir der bloße Gedanke an die Außenwelt ein Gefühl erregt, als würde ich an den Rockschößen gezogen — weg von der Arbeit. Und nun gar der Gedanke an diesen Kunstrichter!"

* Zur Frage der Reichstagsdiäten schreibt eine Korrespondenz für Centrumsblätter: „Wenn auch jetzt noch, wo die Nothwendigkeit der Entschädigung doch geradezu zum Himmel schreit und der große Nutzen für Reichstag und Reich mit Fausthandschuhen zu greifen ist, der Bundesrath noch bei der Ablehnung verharren sollte, so könnte man nur annehmen, daß er auf den Ruin des Reichswahlrechts ausgehe!"

Volkswirthschaftliches.

* Das Gesetzblatt veröffentlichte am Sonntag das Gesetz über die Erweiterung des Stadtkreises Halle, sowie das Gesetz über die Aenderung der Grenzen des Stadtkreises Posen, des Kreises Posen (Ost) und des Kreises Schroda, und die anderweite Bestimmung des Wahlortes für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten im zweiten Wahlbezirke des Regierungsbezirks Posen. Beide Gesetze sind vom 31. März datirt.

* Verschiedene Blätter melden aus Karlsruhe vom 31. März: In der ersten Kammer erklärte Finanzminister Buchenberger bei der Berathung der Petition des Landesverbandes badischer Gewerbevereine wegen der Besteuerung der Waarenhäuser, es sei zu erwägen, ob [illegible] der Gewerbesteuer bei der Einkommensteuer ein Ausgleich geschaffen werden könnte. Er werde aber niemals seine Hand dazu bieten, durch eine Art Erdrosselungssteuer gegen unbequeme Konkurrenz-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000402015/fragment/page=0001

geschäfte vorzugehen und diese zu vernichten. Zu Frankreich habe sich übrigens gezeigt, daß, eine je stärkere Belastung der Waarenhäuser durch die Steuer erfolgte, desto mehr diese sich zu weiterer Vergrößerung des Unternehmens veranlaßt sähen.

* Mit dem 1. April hat die Bildung der Handwerkskammern begonnen. Die offiziöse „Berl. Pol. Korr." verbreitet sich über dieses Thema und führt dabei folgendes aus:

Die Organisation allein wird den Handwerkern wenig nützen; alles wird darauf ankommen, welchen Inhalt sie selbst ihr geben werden. Es kann nicht geleugnet werden, daß die Handelskammern wie die Landwirthschaftskammern bielebend auf ihre Berufsgruppen gewirkt haben und noch immer wirken. Wenn den Handwerkern daran liegt, ähnliche Vortheile von ihrer Vertretung zu erlangen, so werden sie aber nicht verabsäumen dürfen, auch in ähnlicher Weise wie der Handel und die Landwirthschaft in den Kammern zu arbeiten und sich bei diesen Arbeiten Rath und Unterstützung bei solchen Kreisen zu holen, die dem Handel und der Landwirthschaft genützt haben. Wenn die Handwerker in ähnlicher Weise verfahren wie die Handeltreibenden und Landwirthe, so werden ihnen die Handwerkskammern frommen können. Wählen Sie aber die Art der Arbeit, wie sie in manchen Innungen bisher besteht, dann wird zwar ein neues Organ ins Leben gerufen sein, daß aber auch von ihm neue belebende Wirkungen ausgehen werden, ist dann sehr zweifelhaft.

Das ist alles recht gut und richtig, wird aber bei den Zünftlern wenig Eindruck machen, die haben es verlernt, der eigenen Kraft zu vertrauen, und hoffen nur noch auf Hilfe vom Staat.

* Der Hochwasser- und Ueberschwemmungsschaden ist in Preußen zum ersten mal 1899 ausführlich festgestellt worden. Es lagen Nachrichten aus 6622 Erhebungsbezirken — 11,3 Hundertheilen der Gesammtheit vor, wonach der im Jahre 1899 auf einer Fläche von 275,443 Hektar verursachte Schaden auf 21,384,650 M. zu schätzen ist. Der Verlust beträgt im Durchschnitte auf das Hektar der geschädigten Fläche 78, auf das Hektar des überhaupt vorhandenen Acker- und Wiesenlandes 1,02 M. Unter den Provinzen war Brandenburg am schwersten betroffen, da in ihm auf jedes Hektar Acker- und Wiesenland 3,24 M. Schaden entfiel; nach ihm kommen Sachsen und Schlesien mit 2,46 und 1,94 M. Unter den Kreisen hatten den größten Schaden Cottbus-Land mit 742,260 M. und Calau mit 700,820 M. Es folgten mit Schäden von mehr als ½ Million Mark Beeskow-Storkow (673,880 M.), Westhavelland (560,250 M.), Lübben (542,120 M.), Luckau (536,140 M.), Liebenwerda (513,720 M.) und Westprignitz (504,590 M.).

Agrarischer Nahrungsmittel-Wucher.

Wessen sich die konsumirende Bevölkerung von dem neuen Zolltarif zu versehen hat, falls dieser nach dem Herzen der Agrarier sich gestaltet, darauf haben wir schon des öfteren hingewiesen. Einen neuen Beweis dafür liefert der vollständige Tarif für Agrarierprodukte, den eine Frankfurt a. M.-benachbarte" Landwirthschaftskammer ausgearbeitet hat. Diesem Zukunftstarif entnehmen wir nach der „Frankf. Ztg." folgende interessante Sätze:

		Alter Zoll M.	Beantragter Zoll M.
Ochsen	per Stück	25	45
Stiere (Bullen)	„ „	9	40
Kühe	„ „	9	30
Jungvieh und Kälber	„ „	3—5	15
Frisches Fleisch	per D.-Ctr.	15	30
Gesalzene Schinken	„ „	20	36
Speck	„ „	20	30
Wurst und Fleischwaaren	„ „	20	100
Schweineschmalz und Speisefett	„ „	10	30
Schweine	per Stück	5	15
		pr. Dz.	pr. Dz.
Geflügel, geschlachtet aller Art		12	36
Eier		2	17
Butter, auch Kunstbutter		16	30
Käse		20	40
Weizen und Roggen		3,50	6—7½
Gerste		2,—	
Hafer		2,80	
Mehl und frisches Backwerk		7,30	14—15
Malz		3,50	10
Kartoffeln (auch Topinambur)		frei	1
Blätter-, Schoten-, Stengel- u. Wurzelgemüse aller Art, frisch, anderweitig nicht genannt		frei	6
Blumenkohl, Paradiesäpfel, Schwarzwurzel, Gurken und Melonen und Zwiebeln		„	7
Spargeln, Petersilie, Sellerie		„	8
Getrocknetes Gemüse		„	10
Honig in jeder Verpackung, auch in Bienenstöcken		20	40
Tafeltrauben		—	4
Tafelobst aller Art in Verpackung		—	4
Kelterobst und Wirthschaftsobst vom 16. Sept. bis 1. November		—	1,50
Dasselbe in der übrigen Zeit		—	3
Nüsse und Kastanien		—	4
Getrocknetes Obst aller Art		—	12

Die geradezu ungeheuerlichen Zollsätze, die hier für Fleisch, Eier, Getreide, Kartoffeln, Gemüse, Obst gefordert werden, lassen mit wünschenswerthester Deutlichkeit erkennen, auf welchen Standpunkt die Lebenshaltung des deutschen Volkes herabsinken müßte, wenn für den neuen Zolltarif die agrarische Begehrlichkeit der alleinige ausschlaggebende Faktor werden würde. Zum Glück plaudern die Agrarier ihre maßlosen Forderungen so frühzeitig aus, daß die allgemeine Empörung darüber sich noch rechtzeitig Luft machen kann.

Schule und Kirche.

* Die im Jahre 1900 zu Berlin abzuhaltende Prüfung für Vorsteher an Taubstummenanstalten wird am 11. September beginnen. Meldungen zu derselben sind an den Unterrichtsminister zu richten und bis zum 10. August d. J. bei demjenigen Königlichen Provinzialschulkollegium bezw. bei derjenigen Königlichen Regierung, in deren Aufsichtskreise der Bewerber im Taubstummen- oder Schuldienste angestellt oder beschäftigt ist, unter Einreichung der im § 5 der Prüfungsordnung vom 11. Juni 1881 bezeichneten Schriftstücke anzubringen. Bewerber, welche nicht an einer Anstalt in Preußen thätig sind, können ihre Meldung bei Führung des Nachweises, daß solche mit Zustimmung ihrer Vorgesetzten bezw. ihrer Landesbehörde erfolgt, bis zum 15. August d. J. unmittelbar an den Unterrichtsminister richten.

* Die neuerlich erschienene Schrift des Oberbürgermeisters am Ende, z. Z. Bad Pauls, über „das Braunebad in der Volksschule" hat die Aufmerksamkeit des württembergischen Staatsministeriums erregt. Dasselbe hat eine Anzahl Exemplare den Oberschulbehörden des Königreichs mit dem Anheimgeben einer geeignet erscheinenden Verfügung zugehen lassen.

* Herzliche Dankesbezeugungen gerichten in der Großherzoglichen Realschule zu Schönberg in Mecklenburg, welche die Berechtigung zum „Einjährigen" besitzt. Die jammervollen Gehaltsverhältnisse lassen das gesetzlich nothwendige Fachlehrerthum einfach außer Acht kommen. So hat man dort, wie die „Hilfe" der „Meckl.-Strel. Landesztg." entnimmt, jetzt von Ostern an für die drei Stellen des Mathematikers, Physikers und Naturwissenschaftlers — Kandidaten der Theologie in Aussicht genommen! Das widerspricht direkt den Vorlagen, unter denen einer Schule die Berechtigung zum Einjährigen erhellt wird — mag aber der weisen Finanzverwaltung Mecklenburgs und dem Geiste entsprechen, in dessen Verlag jene Bücher erschienen, wegen Hergabe von Freiexemplaren in Anspruch zu nehmen, ebenso war die Polizeibehörde befugt, dem an sie gerichteten Ersuchen um Vollstreckung der Administrativexekution zur Durchführung jenes Anspruchs zu entsprechen.

Verwaltung und Rechtspflege.

* In derselben Sitzung, in der die Majorität des Abgeordnetenhauses die drei Breslauer Landtagsmandate wegen unerlaubter sozialdemokratischer Wahlbeeinflussungen für ungiltig erklärte, ist von dem freisinnigen Abgeordneten Direktor Ernst ein Vorkommniß aus dem Wahlkreise Colmar-Czarnikau-Filehne zur Sprache gebracht worden, das schon wegen der eigenartigen Rolle, die der Regierungspräsident von Bromberg dabei spielt, nähere Beachtung verdient. In dem genannten Reichstagswahlkreise war 1898 das Hauptquartier des konservativen Wahlkomitees auf dem Landrathsamte in Colmar i. P. Da Staatsbeamte wiederholt in ihrer amtlichen Eigenschaft in den Wahlkampf eingriffen, so wurde von dem Verleger des „Schneidemühler Tageblatts" wegen ungesetzlicher Wahlbeeinflussungen am 6. Mai bei dem Herrn Minister des Innern Beschwerde erhoben. Die Antwort erfolgte erst am 15. Juli, also nach circa zweieinhalb Monaten, durch den Herrn Regierungspräsidenten zu Bromberg; sie ist so charakteristisch, daß wir sie hier wörtlich wiedergeben:

Bromberg, den 15. Juli 1898.

Auf Ihre telegraphische Beschwerde vom 6. Mai d. J. an den Herrn Minister des Innern, welche an mich zur Verfügung abgegeben worden ist, erhalten Sie zum Bescheide, daß die erhobenen Vorwürfe gegen die Kreisbehörden und Distriktskommissare sich nach den angestellten Ermittelungen als unbegründet erwiesen haben. Sie haben die telegraphische Beschwerde ihrem vollen Inhalte nach in der Nr. 122 des „Schneidemühler Tageblatts," dessen Drucker, Verleger und verantwortlicher Redacteur Sie sind, zum Abdruck gebracht. Der hier gegen die Kreisbehörden erhobene Vorwurf enthält nach Form und Inhalt eine Beleidigung; ich habe mich daher veranlaßt gesehen, dieserhalb gegen Sie auf Grund des § 196 St.-G.-B. Strafantrag zu stellen.

Dieser Bescheid kam, wie gesagt, nach ca. zweieinhalb Monaten, also sehr post festum, an. In Schneidemühl hat man nun, wie der Abg. Ernst hinzufügte, schmerzlich gewartet, daß die Klage zum Austrag gebracht werden würde, es ist aber nichts geschehen. Der Strafantrag muß also schließlich zurückgenommen worden sein, weil der Regierungspräsident sich überzeugt haben wird, daß die Beschwerde thatsächlich in allen Punkten begründet war. Der Minister des Innern bezw. seine Kommissare haben diese Mittheilung des Abg. Ernst unwidersprochen gelassen, damit erscheint uns diese Angelegenheit noch keineswegs erledigt. Die Oeffentlichkeit hat ein Recht darauf, zu erfahren, ob und welche Disciplinarmittel der Regierungspräsident, nachdem er die Berechtigung der Beschwerden anerkannt hat, gegen die gesetzverletzenden Behörden in Anwendung gebracht hat.

* Es geht auch ohne lex Heinze! In Breslau fand am 27. d. M. eine Verhandlung statt, die unter dem Gesichtswinkel der lex Heinze betrachtet, ein besonderes Interesse bietet. Es handelte sich um die Berufung gegen ein schöffengerichtliches Erkenntniß, durch welches die Inhaberin einer Buchhandlung wegen Ausstellung eines Probeheftes von Pierre Louys' „Aphrodite" mit Illustrationen von A. Calbert auf Grund des § 184 des Strafgesetzbuches zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt worden war. Einige von den Illustrationen hatte das Schöffengericht als unzüchtig im Sinne des angeführten Paragraphen erachtet, obwohl Professor Irmann von der königl. Kunstschule als Sachverständiger begutachtet hatte, daß die fraglichen Abbildungen künstlerische Aktstudien seien, die für den Gebildeten als schamverletzend nicht zu gelten hätten. Vor dem Berufungsgericht gab derselbe Sachverständige sein Gutachten in dem gleichen Sinne ab. Gleichwohl gelangte der Gerichtshof zur Verwerfung der Berufung der Angeklagten, indem er sowohl objektiv in den inkriminirten Illustrationen den Thatbestand des § 184 des Strafgesetzbuches erfüllt sah, als auch dafür hielt, daß der Angeklagten das Bewußtsein von dem unzüchtigen Charakter der Bilder innegewohnt habe!

* Wir haben letzter Tage an dieser Stelle von einer Mittheilung des „Würzburger Journals" Mittheilung gemacht, nach welcher der dortige Magistrat regierungsseitig angewiesen worden ist, bei etwaigen Vakanzen in den städtischen technischen Ingenieurstellen auf Anstellung pensionirter Marineingenieure Bedacht zu nehmen, und haben hieran die Bemerkung geknüpft, „auch unsere kommunaltechnische Zukunft liege halt auf dem Wasser." Zu dieser Angelegenheit wird uns mitgetheilt, daß auch den größeren Städten unserer Provinz Sachsen seitens der Regierungspräsidenten jetzt dergleichen Hinweise zugegangen sind, und zwar auf Veranlassung des Reichskanzlers, hinter dem dann wieder die Marineverwaltung steht. Es sei in Marinekreisen schon von jeher als ein großer Uebelstand empfunden worden, daß die mit Aussicht auf Anstellung im Civildienste verabschiedeten Marine-Ingenieure mit ihren Anstrengungen auf ein Unterkommen im Gemeindedienste bis jetzt wenig oder gar keinen Erfolg erzielt hätten, obwohl sie, wenn auch nicht mehr für den anstrengenden Seedienst, so doch unter allen Umständen für den Dienst der Kommune noch ganz vorzüglich geeignet seien. Als geeignete Stellen werden u. a. diejenigen der Maschinen-Ingenieure bei öffentlichen Wasserwerken, Schlachthäusern und elektrischen Centralanlagen namhaft gemacht. Dabei ist den Städten auch das Material zugänglich gemacht worden, aus dem sich dieselben über die Art und Weise der Ausbildung der Marine-Ingenieure näher unterrichten können.

m. Die königliche Universitätsbibliothek zu Halle S. hatte im Mai 1898 die Polizei in Erfurt ersucht, von dem Ingenieur L. Möller, der seiner Verpflichtung zur unentgeltlichen Ablieferung eines Exemplars der von ihm 1897 verlegten Druckwerke nicht nachgekommen sei, die Pflichtexemplare einzugehen und an die Bibliothek einzusenden. Eine diesbezügliche Verfügung focht Möller durch Beschwerde beim Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten an. Dieser wies die Beschwerde ab, da die auf der Kabinetsordre vom 28. Dezember 1824 beruhende Verpflichtung der Verleger, von ihren Verlagsartikeln ein Exemplar an die kgl. Bibliothek in Berlin und ein zweites an die Universitätsbibliothek der betreffenden Provinz unentgeltlich abzusenden, durch die spätere Gesetzgebung nicht aufgehoben sei. Möller verklagte darauf den Oberpräsidenten von Götticher beim Oberverwaltungsgericht, welches die Klage abwies und u. a. ausführte, um eine mit den Rechtsmitteln des Titel IV des Landesverwaltungsgesetzes anfechtbare polizeiliche Verfügung handelt es sich nur dann, wenn die Polizeibehörde eine in ihrer Zuständigkeit als Inhaberin der Polizeigewalt begründete Maßnahme in Ausübung ihrer eigenen Rechte hat erlassen wollen und auch erlassen hat. Bringt die Polizeibehörde lediglich die Anträge, Aufträge, Requisitionen anderer Behörden zur Ausführung, so liegt eine polizeiliche Verfügung in jenem Sinne nicht vor. Die Klage aus § 127 des Landesverwaltungsgesetzes findet nicht statt, wenn der Anspruch der Universitätsbibliothek auf die Pflichtexemplare besteht und geltend gemacht werden konnte. Es kann mit dem Reichstag nicht angenommen werden, daß die beregte Verpflichtung durch die Reichsgewerbeordnung in Wegfall gebracht sei; die fragliche Verpflichtung der Verleger ist unbedenklich als auch gegenwärtig noch bestehend zu erkennen. Sie wird als eine auf gesetzlichem Titel beruhende öffentliche Abgabe zur Unterhaltung öffentlicher Anstalten — der Universitätsbibliotheken — im Sinne des § 1 Nr. 6 der Verordnung vom 30. Juli 1853 zu kennzeichnen sein; deshalb ist zur Herbeiführung der Erfüllung der Verpflichtung das Verwaltungszwangsverfahren für anwendbar zu erachten, das in § 132 des Landesverwaltungsgesetzes geregelt ist. Die Universitätsbibliothek war daher befugt, den Kläger, in dessen Verlag jene Bücher erschienen, wegen Hergabe von Freiexemplaren in Anspruch zu nehmen, ebenso war die Polizeibehörde befugt, dem an sie gerichteten Ersuchen um Vollstreckung der Administrativexekution zur Durchführung jenes Anspruchs zu entsprechen.

Parlamentarisches.

* Die Waarenhaussteuer-Kommission hat am Freitag den Rest des Gesetzes, die §§ 8—14, ohne wesentliche Aenderungen acceptirt und einen Bericht über die eingelaufenen Petitionen entgegengenommen. Die bemerkenswerthesten dieser Petitionen ist die von mehr als 4500 Fabrikanten unterschriebene gegen das ganze Gesetz gerichtete Eingabe. Der Abgeordnete Fuchs vom Centrum hatte in einer früheren Sitzung der Kommission über die „Minderwerthigkeit" dieser Fabrikanten abfällige Bemerkungen gemacht. Der freisinnige Abg. Dr. Barth nahm deshalb Veranlassung, Herrn Fuchs aufzufordern, diese seine abfällige Kritik näher zu substantiiren. Herr Fuchs kam aber über allgemeine Redensarten, die mit einigen antisemitischen Betrachtungen verknüpft waren, nicht hinaus, so daß die lebhafte Auseinandersetzung mit Herrn Fuchs schließlich zur Feststellung seitens des Herrn Dr. Barth führte, daß der Abgeordnete des Centrums für seine leichtfertigen Bemerkungen auch nicht den Schatten eines Beweises erbracht habe. Für die Art, wie die hitzigsten Parteigänger des Waarenhaussteuergesetzes die berechtigten Einwendungen der Hauptsachverständigen behandeln, ist auch dieser Vorgang recht bezeichnend.

* 100 Lehrer und 49 Lehrerinnen haben beim Abgeordnetenhause dahin petitionirt, den § 11 des Besoldungsgesetzes vom 3. März 1897 dahin abzuändern, daß alle vor Erlaß des Gesetzes ordnungsmäßig abgeleisteten Privatschuldienstjahre ohne Rücksicht auf die Art der Schule zur Anrechnung gelangen. Nach dem geltenden Gesetze können nur die Dienstjahre von solchen Privatschulen angerechnet werden, welche nach dem Lehrplane einer öffentlichen Volksschule unterrichten. Die Unterrichtskommission hat beschlossen, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen „mit Rücksicht auf die in der Kommission abgegebene Erklärung des Kommissars der Unterrichtsverwaltung, daß sie die an sie gedrachten Fälle „wohlwollend prüfen will." — Das schönste Wohlwollen ersetzt nicht entfernt die gesetzliche Regelung.

Parteinachrichten.

* Der „Ausschuß des Bundes der Landwirthe" hat zum Schlachtvieh- und Fleischschaugesetz in einer außerordentlichen Sitzung Stellung genommen und sich dahin ausgesprochen, daß es für die deutsche Landwirthschaft unmöglich sei, über die Beschlüsse zweiter Lesung hinausgehende Konzessionen zu machen. „Fast einstimmig" fügen die Bundesorgane hinzu, ohne indeß nähere Auskunft zu geben, wie stark die Ausschußsitzung besucht war, und was mit denjenigen Mitgliedern des Ausschusses geschehen wird, die durch ihre dissentirende Meinung — nach dem Wortlaut des oben erwähnten Beschlusses zu urtheilen — gegen die Grundsätze des Bundes verstoßen und sich in einen ausgesprochenen Gegensatz zu dem gesetzt, was der engere Vorstand des Bundes überdies für unerläßlich hat bezeichnen lassen.

Soziale Angelegenheiten.

* Die Hamburger Aufsichtsbehörde für die Innungen macht bekannt: Auf Antrag der Korbmacherinnung (Zwangsinnung) zu Hamburg, Innung für das Korbmacherhandwerk, wird die am 28. Sept. 1898 getroffene Anordnung, wonach alle diejenigen, die im Gebiete der Stadt Hamburg das Korbmacherhandwerk als stehendes Gewerbe selbstständig betreiben, der genannten Innung als Mitglieder anzugehören haben, zurückgenommen und die Innung zum 1. April 1900 geschlossen. — Wieder eine!

Heer und Flotte.

* Laut telegraphischer Mittheilung ist „Iltis" am 30. März in Moje (Japan) eingetroffen und beabsichtigt am 1. April nach Kobe in See zu gehen. „Hertha" mit dem Chef des Kreuzergeschwaders, Viceadmiral Bendemann an Bord, beabsichtigt am 7. April von Yokohama nach Kobe in See zu gehen. „Habicht" ist am 31. März in Mossamedes angekommen und beabsichtigt, am 2. April nach Loanda in See zu gehen. „Wolf" geht am 1. April von Kamerun nach Loanda in See

* In die Stammcompagnien der Marinetruppentheile in Kiautschou dürfen nunmehr auch tropendienstfähige Einjährig-Freiwillige eintreten. Mit dem nächsten nach Kiautschou abgehenden Ablösungstransport erfolgt die Ueberführung. Die Dienstentlassung dieser Einjährig-Freiwilligen erfolgt entweder in Kiautschou selbst sofort nach vollendeter einjähriger Dienstzeit, wenn dieselben entweder auf freie Beförderung nach der Heimath beziehungsweise dem künftigen Aufenthaltsorte verzichten und ein sofort anzutretendes Vertragsverhältniß in Ostasien nachweisen, oder wenn sie die Kosten der Heimreise aus eigenen Mitteln bestreiten wollen und diese nachweisen. Andernfalls erfolgt die Rückkehr erst mit dem nächsten nach Erfüllung der Dienstpflicht von Kiautschou abgehenden Ablösungstransport. Die über die gesetzliche aktive Dienstpflicht hinausgehende, in Kiautschou verbrachte Dienstzeit von acht und mehr Wochen wird für eine Uebung in der Reserve gerechnet. Diejenigen Einjährig-Freiwilligen aus Kiautschou, die mit dem Rücktransport nach der Heimath zurückkehren wollen, müssen sich schon bei ihrer Einstellung protokollarisch verpflichten, daß sie sich des Anspruchs auf Entlassung aus dem aktiven Dienste bis zur Rückkehr in die Heimath begeben.

Kolonialangelegenheiten.

* In Kamerun scheint die Lage kritisch zu werden. Nachrichten zufolge, die der „Köln. Ztg." aus dem Schutzgebiet zugehen, ist infolge der Erhebung der Stämme im nähern nördlichen Binnenlande der Betrieb der Pflanzungen am Kamerungebirge gefährdet und schon theilweise eingestellt. Die Pflanzung Günther-Sepps, die auf derselben Höhe wie Buea eine halbe Stunde Weges von dieser Station liegt, ist schon nicht mehr im Betriebe. Auf den Anlagen der Westafrikanischen Pflanzungsgesellschaft Viktoria sind kaum noch 200 Arbeiter thätig, nachdem es dem Direktor Bornmüller im vorigen Jahre gelungen war, der Pflanzung aus dem Baklande 700 Arbeiter zuzuführen. Diese Leute sind bereits abgezogen, weil sie sich an der Küste nicht mehr sicher fühlten. Ein Beamter der Pflanzung, der versuchte, zur Anwerbung von Arbeitern nach Bali durchzukommen, sah sich genöthigt, zwei Tagemärsche weit von der Küste umzukehren, weil die Eingeborenen auf ihn feuerten. Auch auf der Westafrikanischen Pflanzungsgesellschaft stockt der Betrieb. Es ist bei der herrschenden Unsicherheit völlig unmöglich, aus irgend einem Theil des Schutzgebietes noch Arbeiter zu gewinnen. Auch im Süden, in der Gegend der Jaunde, die sich seit einigen Jahren anwerben ließen, herrscht Aufruhr. So wird denn wegen der allgemeinen Unsicherheit und der unzulänglichen Stärke der Schutztruppe der Erfolg jahrelangen Fleißes verloren gehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000402015/fragment/page=0002

* Nach mehreren bei dem Centralkomitee vom deutschen Rothen Kreuz eingegangenen Berichten der Aerzte der deutschen Abordnungen in Südafrika entfalteten die letzteren eine außerordentlich segensreiche Thätigkeit; sie waren aber auch während der Kämpfe Mitte Februar in Jacobsdal in großer Gefahr, und wurden durch die Zunahme der an sie gestellten Ansprüche großen Anstrengungen ausgesetzt." Auf Wunsch des Feldmarschalls Roberts ließ die englische Regierung dem deutschen Centralkomitee vom Rothen Kreuz seinen besonderen Dank für die auch den englischen Verwundeten geleistete Hilfe und wohlthätige Behandlung aussprechen, während es anderseits in einem Bericht aus Prätoria heißt, es unterliege keinem Zweifel, und werde allgemein auch in den Zeitungen anerkannt, daß die deutschen Ambulanzen von allen den besten Eindruck machten durch das Benehmen ihrer Mitglieder, die Ordnung und Schnelligkeit, womit sie ihre Vorbereitungen trafen. Nach Berichten der Aerzte aus Jacobsdal beobachtete das gesammte freiwillige Pflegepersonal während der schwersten Tage ihrer Thätigkeit eine mustergültige Haltung. Soweit dem Centralkomitee bekannt ist, ist die erste Abordnung auch augenblicklich noch in Jacobsdal, die zweite in Bloemfontein in Thätigkeit.

Ausland.

Der südafrikanische Krieg.

Die Buren haben einen Erfolg errungen, es ist ihnen gelungen, eine ganze englische Abtheilung mit sechs Geschützen gefangen zu nehmen. Es liegt uns darüber folgende Depesche vor:

London, 2. April. (Privat-Telegramm.) Das „Reuter'sche Bureau" meldet vom 31. März via Bloemfontein aus Bushmanskop: Eine vom Oberst Broadwood befehligte, aus Kavallerie, 2 Batterien Artillerie und unter dem Befehl des Oberst Pilcher stehender berittener Infanterie zusammengesetzte Truppe, die in Thabanchu garnisonirte, mußte sich in letzter Nacht zurückziehen, da eine große Burenstreitmacht sich näherte. Die Truppe zog nach dem Wasserwerk von Bloemfontein südlich vom Modder, wo sie 4 Uhr früh ein Lager bezog, das bei Tagesanbruch von rückwärts mit Granaten beschossen wurde. Broadwood zog den Convoy und die Batterien zurück, während der Rest der Truppe als Rückendeckung zurückblieb. Der Zug gelangte in ein tiefes Flußbett, wohlbei sich Buren versteckt hielten. Es gerieth die ganze Abtheilung in einen Hinterhalt und wurde mit Einschluß von sechs Geschützen gefangen. Die Verluste von Menschenleben sind nicht groß, da die meisten in den Hinterhalt fielen, bevor ein Schuß abgegeben worden war. General Colville's Division, die heute früh Bloemfontein verließ, traf um 12 Uhr hier ein und hat des Granatenfeuer auf den Feind begonnen.

Noch fehlen alle ziffernmäßigen Angaben über die verloren gegangene britische Streitmacht, aber die Meldung läßt trotzdem keinen Zweifel darüber offen, daß es sich um eine schwere Niederlage der siegesgewissen Briten handelt. Von ganz besonderer Wichtigkeit sind jedoch die Angaben der Oertlichkeiten in der Depesche. Thabanchu liegt östlich von Bloemfontein, auf halbem Wege nach Ladybrand. Der Ort, südlich vom Modder, wo die Gefangennahme der britischen Streitmacht erfolgte, kann nur wenige Kilometer südöstlich von Bloemfontein entfernt liegen. Daraus geht hervor, daß die Buren nicht nur die östliche Flanke des Roberts'schen Heeres bedrohen, sondern auch, daß die Buren die unmittelbarste Nähe des englischen Hauptquartiers unsicher machen! Es ist wahrscheinlich, daß die Buren, die sich hier befinden, vom Kommando Olivier's sind, der demnach nicht nach Wuburg abgerückt, sondern, wie wir schon vor mehreren Tagen annahmen, im Südosten des Oranjefreistaates geblieben ist, um von dort aus das britische Hauptheer in die Flanke fassen oder zum mindesten beunruhigen zu können.

An sonstigen Kriegsdepeschen sind noch die folgenden zu verzeichnen:

London, 1. April. Dem „Reuter'schen Bureau" sind vom Kriegschauplatze folgende Meldungen zugegangen:

Bloemfontein, 30. März. Ein Melderreiter aus Kimberley berichtet, eine Burenstreitmacht lagere in der Nähe von dem ehemaligen Lager Cronje's bei Paardeberg. Herumschweifende Abtheilungen suchten die Gehöfte in der Nachbarschaft heim und versuchten Pferde einzufangen, welche wegen schlechter Kondition von den Engländern auf dem freien Felde laufen gelassen wurden. — Lord Roberts sandte ein Telegramm an den Präsidenten Krüger, in welchem er anläßlich des Todes Joubert's sein Beileid ausspricht und die ritterliche Haltung und den persönlichen Muth des Verstorbenen rühmend hervorhebt.

Kapstadt, 1. April. Ein Armeebefehl erklärt die Bezeichnung „Freistaat-Eisenbahnen" für erloschen und ersetzt die Bezeichnung: „Reichsmilitärbahn".

Kroonstad, 30. März. Wie gemeldet wird, habe General Smuts gestern die Engländer bei Makelokop südlich von Brandfort in ein Gefecht verwickelt und dieselben sechs Stunden lang im Schach gehalten. Die Buren hätten sehr gut gefochten. Die Verluste seien unbekannt.

Malern, 30. März. Präsident Steijn soll, wie berichtet wird, sich nach Ladybrand begeben haben, um die Buren anzuspornen zu erneutem Widerstande. Eine Anzahl von Aufrufen und ähnlichen Kundgebungen der Buren sind im Umlauf.

Kapstadt, 31. März. Den Typhus und die Masern, an welchen die gefangenen Buren auf den Transportschiffen leiden, haben sich dieselben in den Verschanzungen von Paardeberg zugezogen. Die Gefangenen erhoben keine Klage über das Wasser und die Nahrung. Sie erhalten dasselbe Wasser wie das englische Geschwader. Der Admiral und der oberste Militärarzt haben die Transportschiffe besichtigt und Befehl ertheilt, daß alle transportfähigen Kranken in ein besonderes Hospital am Lande gebracht werden. Es ist Vorsorge getroffen, daß keine Ueberfüllung stattfindet.

Simonstown, 31. März. Die Abfahrt der Transportschiffe mit den nach St. Helena bestimmten gefangenen Buren ist infolge des zunehmenden Krankenbestandes verschoben worden. Heute sind drei Mann gestorben, im ganzen also in dieser Woche zwölf. Morgen werden zweihundert weitere Gefangene hier erwartet.

Prätoria, 30. März. (Meldung des „Reuter'schen Bureaus.") Den auswärtigen Konsuln ist eine Mittheilung amtlich zugestellt worden, dahingehend, daß die Regierung die Zerstörung der Goldminen weder in Aussicht genommen, noch auch einen derartigen Entschluß gefaßt hat.

London, 1. April. Nach einer Depesche der Abendblätter aus Kapstadt wären die Vorbereitungen zum Vormarsche Roberts' soweit gefördert, daß dieser nächste Woche beginnen dürfte. Aus Prätoria wird gemeldet, daß demnächst der Nachfolger Joubert's als Vicepräsident der Republik gewählt werden wird. Einem Telegramm aus Warrenton zufolge ist dort den ganzen Freitag über gekämpft worden.

London, 1. April. Einem Telegramm der Zeitungen aus Prätoria zufolge kündigte Präsident Krüger beim Begräbniß des Generals Joubert an, daß General Louis Botha der Nachfolger Joubert's als Generalkommandant der Transvaalarmee sein werde.

London, 31. März. Dem Bureau Laffan wird aus Prätoria gemeldet, daß das Begräbniß Joubert's das imposanteste nationale Schauspräge war, welches je in Prätoria gesehen worden ist. 10,000 Menschen befanden sich auf den Straßen, welche der Trauerzug passirte und dieser bildete ein glänzendes militärisches Schaustück. Blumenspenden waren zu hinderten geschickt und unter diesen ragten die von Krüger und Steijn hervor. Schöne Kränze hatten auch die gefangenen englischen Offiziere in Prätoria und die im Lande anwesenden Korrespondenten der englischen und amerikanischen Presse gesandt. Von der Kirche, in der ein ergreifender Gottesdienst abgehalten wurde, bewegte sich der Zug mit der Leiche zur Eisenbahn, von wo dieselbe mit einem Extrazuge nach Kustfontein, der an der Grenze von Natal gelegenen Farm Joubert's, befördert wurde. Am Bahnhof hielt Präsident Krüger eine wirkungsvolle Ansprache. Hauptsächlich war es eine Abschiedsrede, aber sie berührte auch den Krieg und die Aussichten der Buren. Krüger betonte deren Entschlossenheit, den Kampf für die Freiheit der Republik fortzusetzen, denn, wie er sagte, Gott immer in der Stunde der Finsterniß geholfen habe, und er sei überzeugt, daß ein heller Ausblick aus ihren Sorgen nahe sei.

Petersburg, 31. März. Die Lage in Südafrika besprechend, schreibt das offiziöse „Journal de St. Pétersbourg": Die Politiker, die für zweckentsprechend hielten, am Ende des 19. Jahrhunderts in Südafrika einen Rassenkrieg zu entfesseln, haben eine schwere Aufgabe, bevor sie die völlige Herrschaft einer dieser Rassen über die andere feststellen können. Wenn ein Krieg begonnen worden ist, so gefällt man sich häufig in der Erklärung, er sei unvermeidlich gewesen und hätte früher oder später stattfinden müssen. Es wäre doch, fügt man hinzu, besser gewesen, ihn dann zu beginnen, als der Gegner noch nicht stark genug gewesen, um des Erfolges sicher zu sein. Einige Londoner Blätter haben behauptet, daß die Republik Transvaal sich schon lange zum Kriege vorbereitet und die Absicht gehabt habe, das englische Element aus Südafrika zu entfernen. Die Absichten der leitenden Kreise von Prätoria scheinen nicht so weit gegangen zu sein; jedenfalls hat Präsident Krüger erst nach dem Einfalle Dr. Jameson's Maßregeln zum Schutze der Unabhängigkeit seines Landes getroffen. Er hat demnach die militärischen Vorbereitungen gemacht, die ihm die Klugheit gebot, und hat sehen können, wie gut er berathen war, als er die nationale Armee möglichst in den Stand setzte, den britischen Truppen zu widerstehen.

Man muß in diesen Auslassungen des „Journal de St. Pétersbourg," des Organs des russischen Ministers des Auswärtigen, die Meinung des Grafen Murawiew sehen. Dieser schiebt darin in diplomatischer Form den Engländern die Schuld an dem Ausbruch des Krieges zu. Ob dieser offiziösen Auslassung praktische Konsequenzen folgen werden, muß abgewartet werden; unmöglich ist es nicht.

Oesterreich-Ungarn.

Im oberösterreichischen Landtage beantwortete der Statthalter am Sonnabend eine Interpellation betreffend die Grenzsperre seitens Bayerns gegen die Einfuhr von Zug- und Nutzvieh und erklärte, die bayrische Regierung sei befügt, die Sperre wegen der in den Bayern angrenzenden Kronländern herrschenden Maul- und Klauenseuche zu verhängen. Da diese nahezu ganz erloschen ist, wandte sich der Statthalter an das Ministerium des Innern sowie in der letzten Zeit direkt an die bayrische Regierung zum Zwecke der Erwirkung auf Aufhebung der Grenzsperre. (Beifall.)

Einer Meldung der „Neuen Freien Presse" zufolge beschloß die Regierung, die zahlreichen Klagen Industrieller über die Preissteigerung der Kohlen in einer Enquete prüfen zu lassen.

Belgien.

Der Ausstand der Zeitungssetzer in Brüssel ist beendet. Sämmtliche Zeitungen haben die Forderungen der Setzer bewilligt.

Frankreich.

In der Heereskommission der Deputirtenkammer erklärte der Kriegsminister Gallifet, er sei der Ansicht, das Gesetz über die neuen Kapitulationen von Militärs müsse der Einführung der zweijährigen Dienstzeit vorangehen.

Ein Telegramm des Generalkommissariats des französischen Kongo-Gebietes giebt über die Lage in der Gegend des Scharifflusses Aufklärung. Leutnant Meynier und Hauptmann Ivalland sind nach einer Umreisung des Tschad-Sees am Tscharifflusse eingetroffen. Meynier steht in Fort Archambault, Ivalland in Goulfei. Gentil hoffte, mit ihnen etwa am 24. Febr. zusammenzutreffen. Oberst Lamy befand sich am 15. Jan. in Amudogu, zwei Tagesmärsche vom Tschad-See entfernt.

Italien.

Der italienische Parlamentskonflikt hat eine neuere ernste Wendung genommen: Das Präsidium der Deputirtenkammer ist zurückgetreten. In der Sonnabendsitzung erklärte der an Stelle des Präsidenten Colombo den Vorsitz führende Vicepräsident Valberti, der Präsident habe ihn beauftragt, dem Hause seine Demission mitzutheilen. Valberti schloß daran die Mittheilung, daß auch das ganze Bureau des Hauses demissionire. Der Rücktritt des Präsidiums, das natürlich nicht ausschließlich aus Anhängern der Regierung besteht, hat aller Wahrscheinlichkeit nach den Zweck, festzustellen, ob das Präsidium noch das Vertrauen der Kammer besitzt. Heute nachmittag wird die Neuwahl vorgenommen werden. Sollte das bisherige Präsidium wiedergewählt werden, dann dürfte auch die Einführung der neuen Geschäftsordnung, die die Obstruktion zu unterbinden bestimmt ist, nur noch eine Frage weniger Tage sein.

Vermischtes.

Der Kaiserin Friedrich hat die Königin Viktoria White Lodge in Richmond als Sommerwohnsitz zum Geschenk gemacht. Es heißt, daß die Kaiserin Friedrich nach ihrem Besuch bei der Königin Anfang Mai das Schloß in Besitz nehmen wird. White Lodge, das durch viele Jahre vom Herzog und der Herzogin von Teck bewohnt war, ist reizend gelegen und ist in verhältnißmäßiger Nähe von London und Windsor.

Ein Aufruf mit zahlreichen Unterschriften, darunter die des Reichskanzlers Fürsten zu Hohenlohe, der Staatsminister Dr. v. Miquel und v. Thielen, des Staatssekretärs v. Podbielski und des Staatsministers Delbrück ladet die Berliner Bürgerschaft zu Beiträgen für eine in der Umgebung der Reichshauptstadt zu errichtende Bismarcksäule ein.

Der Höhlenmensch Gustav Nagel hat den Bau seiner Höhle in Arendsee fertiggestellt, und ist mit seinen Habseligkeiten in dieselbe eingezogen. Die Höhle macht einen ganz angenehmen Eindruck und ist im Innern mit Wetterungen ausgeschmückt, so daß es sich im Sommer da wohl ganz gut wohnen läßt. Vor der Höhle hat er zwei weiße Fahnen aufgestellt. Diese zeigen den Passanten der Chaussee Arendsee-Seehausen schon von weitem die Höhle an. An Besuchern fehlt es ihm demnach nicht. Eine wahre Völkerwanderung sah man gelegentlich der Feier des 25jährigen Bestehens der Landwirthschaftlichen Winterschule; alles strömte hinaus, um diesen seltsamen Waldmenschen zu sehen. Eine vor der Höhle aufgestellte Sparbüchse vermochte kaum die Einlagen zu fassen, denn jeder Besucher hatte für ihn ein kleines Scherflein übrig. Er soll an diesem Tage an 50 M. „eingenommen" haben.

Traurige Folgen des industriellen Aufschwungs. Einer der Leser der „Frankf. Ztg." in Westfalen, der gewohnt ist, seine Wäsche zur Reinigung nach Elberfeld zu schicken, hat von der wackeren Frau, mit der er durch lange Jahre in diesem ungetrübten Geschäftsverhältniß gestanden, dieser Tage folgenden Schreibebrief erhalten:

Sehr geehrter Herr X.!

Möchte Ihnen hierdurch mittheilen, daß ich durch die theuren Kohlen und Eisenpreise genöthigt bin, mit der Wäsche etwas aufzuschlagen. Habe daher für Vorhemden und Kragen à 1 Pfennig mehr gerechnet.

Hochachtungsvoll
Frau D.

Elberfeld, 23. März.

In Bremen ist am Sonnabend die feierliche Grundsteinlegung des neuen Monumentaldomes der Bremer Baumwollenbörse erfolgt.

Alles schon dagewesen — auch die Bartbinde! Ein Leser der „Frkf. Ztg." macht auf folgende Stelle im „Don Quixote" des Cervantes (1605), übersetzt von Ludwig Tieck, im vierten Buch zu Anfang des 15. Kapitels, wo die Nachttoilette des scharfsinnigen Junkers geschildert wird, aufmerksam: „Er stellte sich im Bett auf, eine spitze Mütze auf dem Kopf, den Knebelbart in Banden, damit er nicht schlaff würde und niederfiele."

Wo bleibt die Parität? Die Vereinigung der Kolmarer Lohnkutscher veröffentlicht in elsässischen Blättern folgende Bekanntmachung: „Wir sehen uns durch das Aufschlagen aller Handwerker gezwungen, auch unsere bisherigen Preise zu erhöhen, und zwar für Hochzeiten, pro Wagen Zweispänner: Katholische 10 M., Protestantische 12 M., Israelitische 15 M. Begräbnisse, pro Wagen Zweispänner: Katholische 8 M., Protestantische 10 M., Israelitische 15 M., Kindtaufen pro Wagen Zweispänner 6 M., Einspänner 3 M. Einspännerwagen zu Hochzeit und Begräbniß pro Wagen die Hälfte der Zweispänner.

Auf der Weltausstellung Paris 1900 wird die deutsche Abtheilung u. a. durch ein Kunstwerk vertreten sein, das eines der bemerkenswerthesten Schaustücke der ganzen Ausstellung bilden dürfte. Es ist dies ein aus Gold und kostbaren Edelsteinen hergestelltes Prunk-Exemplar des jetzt viel genannten neuen Brettspieles „Salta". Aus der Werkstatt von Gebrüder Friedländer, Berlin, Hofjuwelier des Kaisers, hervorgegangen, birgt das Spiel für 100,000 Mark Gold und Juwelen in sich, so daß sein Gesammtwerth, einschließlich der Herstellungskosten etwa 120,000 Mark repräsentirt. Das kostbare Ausstellungsobjekt wird natürlich Tag und Nacht von Wächtern behütet werden.

Gold wurde einem „Daily News"-Telegramm aus Seattle zufolge auf der sibirischen Seite der Behringsstraße in ebenso großen Mengen gefunden wie in Alaska. Zahlreiche Expeditionen rüsten sich zum Aufbruch dahin.

Personalien. Der Regierungsassessor Graf Pilati v. Thassul zu Daxberg ist zum Landrath ernannt und ihm das Landrathsamt im Kreise Hameln übertragen worden. — Der Regierungsassessor v. Jacobi zu Halle a. S. ist dem Königlichen Oberpräsidium zu Hannover zur weiteren dienstlichen Verwendung überwiesen worden. — Der Oberzollinspektor Regierungsrath Ueberschaer zu Eydtkuhnen ist als Obersteuerinspektor nach Nordhausen versetzt. — Dem ordentlichen Seminarlehrer Christoph Klähn zu Halberstadt ist bei seinem Ausscheiden aus dem Amte das Prädikat „Oberlehrer" verliehen worden. — Der bisherige Titular-Professor Dr. Eckstein ist zum Professor der Zoologie an der Forstakademie in Eberswalde ernannt worden. — Der Verlagsbuchhändler Dr. Parey, Inhaber der bekannten Verlagsbuchhandlung für Landwirthschaft, Gartenbau und Forstwesen ist am Sonnabend in Berlin gestorben.

Ein Lockruf. Studiosus Müller aus Freiburg hatte die Weihnachtsferien in Berlin verbracht und mußte nun wieder zur Universität zurück. Er telegraphirte daher an seine Freunde Frosch und Schnabel in Heidelberg: „Bahnhof erwarten. Reise mit Nachtzug durch." Die lauern Kumpane wateten durch den Schmutz bei einem fürchterlichen Regen zum Bahnhof hinaus. Der Zug kam an, aber Müller zeigte sich nicht. Offenbar war er eingeschlafen. Da kam Frosch auf einen guten Gedanken. Er lief die Wagen entlang und schrie: „Hier jefällig, Hier jefällig!" Da flog mit großem Krach ein Fenster der 3. Klasse herunter, und einer rief: „Hier, bitte, hier!" — Das war Müller.

(„Simplicissimus.")

Beachten Sie die Gardinen-Beilage des Geschäftshauses J. Lewin, welche der heutigen Nummer der Saale-Zeitung beiliegt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000402015/fragment/page=0003

Neu Deutsch-Amerikanische Neu

Columbia-Zither

auch für jeden **Nichtmusikalischen ohne** Notenkenntniss in kurzer Zeit zu erlernen. **12 Mk. 15 Mk.**

Accord-Zithern

in jeder existirenden Art zu den billigsten Preisen.

Geigen, Mandolinen, Prim- u. Schlagzithern.

Neu! Neu!

Streichzithern

für Jedermann sofort spielbar.

❋ **Alte gute Geigen.** ❋

Neu! Piston-Accordeon. **Neu!**

Echt italien. Ocarinas,

rein abgestimmte

Mund-Harmonikas,

nach Zahlen sofort spielbar.

Zieh-Harmonikas

nur bester Qualität.

Gustav Uhlig,

Halle a. S., Untere Leipziger Str.

Illustrirte Prospecte gratis u. franco.

Grösstes Lager der Provinz Sachsen.

Portland-Cement-Fabrik Halle a. S. in Halle a. S.

Bilanz am 31. Dezember 1899.

Activa.	M.	₰	Passiva.	M.	₰
An Grundstück-Conto	175,749	98	Per Actien-Capital-Conto	1,250,000	—
„ Oefen-Conto	209,063	03	„ Hypotheken-Conto	130,000	—
„ Trockenkanal-Conto	68,257	50	„ Reservefonds-Conto	18,502	10
„ Steinbruch-Conto	57,000	—	„ Erneuerungsfonds-Conto	45,000	—
„ Mobiliar- und Geräthschaften-Conto	17,034	23	„ Dispositions- u. Delcrederefonds-Conto	25,000	—
„ Fabrik-Anlage- und Gebäude-Conto	481,614	48	„ Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds-Conto	10,000	—
„ Maschinen-Conto	342,995	31	„ Conto-Corrent-Conto	107,971	93
„ Effecten-Conto	5,131	25	„ Gewinn- und Verlust-Conto	258,899	64
„ Cautions-Conto	2,454	75			
„ Cassa- und Wechsel-Conto	15,759	71			
„ Conto-Corrent-Conto	244,065	32			
„ Versicherungs-Prämien-Conto	1,439	06			
„ Inventur-Bestand	224,809	05			
	1,845,373	67		1,845,373	67

Gewinn- und Verlust-Conto per 31. Dezember 1899.

Debet.	M.	₰	Credit.	M.	₰
An Conto-Corrent-Conto	4,195	67	Per Gewinn-Vortrag aus 1898	4,502	84
„ Handlungs-Unkosten-Conto	54,485	58	„ Waaren-Conto	1,015,223	26
„ Betriebs-Unkosten-Conto	566,450	03			
„ Reparatur-Conto	49,124	60			
„ Zinsen-Conto	10,767	93			
„ Versicherungs-Prämien-Conto	2,547	14			
„ Abschreibungen:					
auf Oefen-Conto 5% von M. 65,000 (gezahlte Licenzgebühren) M. 3,250.—					
„ Trockenkanal-Conto: 10% von M. 75,841.67 „ 7,584.17					
„ Steinbruch-Conto „ 10,000.—					
„ Mobiliar- u. Geräthschaften-Conto: 10% von M. 16,237.86 „ 1,623.79					
„ Fabrikanlage- u. Gebäude-Conto: 3% von M. 465,897.69 „ 13,976.93					
„ Maschinen-Conto: 10% von M. 368,206.18 „ 36,820.62	73,255	51			
Brutto-Gewinn aus 1899 . . M. 327,662.31					
zuzügl. des Gewinn-Vortrages aus 1898 . . . . „ 4,502.84					
M. 332,155.15					
abzügl. der Abschreibungen aus 1899 . . . . . „ 73,255.51	258,899	64			
	1,019,726	10		1,019,726	10

Halle a. S., den 31. Dezember 1899.
5. März 1900.

Portland-Cement-Fabrik Halle a. S.

Der Aufsichtsrath.
Heinrich Lehmann, Vorsitzender.

Der Vorstand.
W. Eck.

Vorstehenden Rechnungsabschluß habe ich geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Handelsbüchern der Gesellschaft in Uebereinstimmung gefunden.
Halle a. S., den 9. März 1900.

A. Peckmann, gerichtlicher Bücherrevisor.

Zu

Original-Fabrikpreisen

Ariston, Victoria, Herophon, Symphonion, Polyphon, Adler- u. Kalliope-Musikwerke mechanische Pianinos und mech. Klavierspieler.

Neu! Elektrische Pianinos! Neu!

Orchestrions u. Musik-Automaten

stets in Auswahl am Lager.

Phonographen

jeder existirenden Art.

Phonographen-Walzen

in grösster Auswahl, **von 2 bis 3 Mark,** sowie **jedes andere existirende Musikwerk** ist am Lager und stehen dieselben **Jedermann** frei zur Ansicht und Probe.

Nur Instrumente I. Qualität mit gutem reinen Ton unter Garantie kommen zum Versand.

Noten-Auflagen fast für jedes mech. Musik-Instrument in grösster Auswahl.

Illustr. Cataloge mit **Original-Fabrikpreisen** versendet gratis

Gustav Uhlig,

Grösstes Lager der Provinz,
Halle a. S., untere Leipziger Str.

Für Wiederverkäufer!!

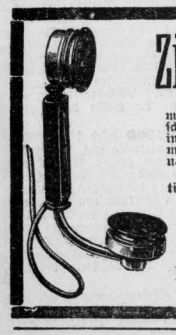
Gratulationskarten!
Confirmationskarten!
Matzen 5/5 Bogen u. Converts!
Eierfarben u. Marmorpapier!
Gummibälle, alle Größen!
Celluloidbälle!
Glas- und Steinkugeln!
Gummisauger!
Staub- und Frisirkämme!
Oster-Zuckerdüten!
sowie
Schiefertafeln!
Hartholztafeln!
Stahlfedern!
Bleistifte!
Federhalter!
Schreibebücher!
Schulbücher!
Radirgummi 2c.

Billigste Bezugsquelle!

Albin Hentze,

24 Schmeerstraße 24.

Zur Kapitalanlage empfehle ich eine große Auswahl hier lagernder sicherer Werthpapiere.
Woldemar Thoss, Bankgeschäft, Schulstr. 7, I.



Zimmer-Sprechsystem.

Jede vorhandene elektrische Klingelleitung ist mit Leichtigkeit und geringen Kosten durch Einschaltung zweier abnehmbarer Sprech-Apparate in eine **Telephon-Anlage** umzuwandeln, sodaß man von **Wohnräumen** nach **Küche, Portier** u. s. w. sofort sprechen kann.

Vielfach ausgeführt, da **außerordentlich praktisch** und **billig.**

Probe-Anlagen zur Ansicht.

F. May,

Electrotechnische Anstalt,
Königstraße 13.

Vergleichen Sie

alle Angebote in Herrenkleiderstoffen in Bezug auf Auswahl, Qualität und Preise, dann kaufen Sie bestimmt bei

Christian Günther,
LEIPZIG-PLAGWITZ
Postfach № 37.
Bekanntestes Tuch-Versandgeschäft.

Die Saison-Neuheiten sind eingegangen.
Fordern Sie mit 5 Pfg.-Karte kostenlose Zusendung von Mustern.

Herren-Stoffe

und **Knabenstoffe,** neue Muster, in schöner Auswahl, kauft man unstreitig am besten und billigsten bei

A. Wegerich,

Brüderstr. 2, dicht am Neumhäuser 5.

Mit heutigem Tage verlegte mein

Schuhwaaren-Geschäft,

verbunden mit Maaß- u. Reparaturwerkstatt von Gr. Ulrichstr. 54 **nach Gr. Ulrichstr. 11, neben Mars la Tour.**

Hermann Schiller, Schuhmachermstr.

Confirmanden-Hüte

empfiehlt in guten Qualitäten billigst

C. G. Nicolai, Hutfabrik, Leipziger Straße 13.

Lassen Sie Ihr Fahrrad repariren

in der bestengerichteten Reparatur-Werkstatt am Platze von

Josef Mittag, Henriettenstr. 33.

Eigene Vernicklung. Eigene Emaillirung.
Prompte Bedienung. Billige Preise.

DAVID'S MIGNON-SCHOKOLADE

pr. 1/4 Pfd.-Packet 40, 50 u. 60 Pfg.

ist das feinste Fabrikat der Neuzeit.

FR. DAVID SÖHNE, HALLE A. S.

Möbel-Etablissement

M. Resch

Halle a. S.,
Leipziger Str. 11, I. (kein Laden).
Specialgeschäft completter

Wohnungs-Einrichtungen v. 200–6000 Mk.

Salon.

1 hochel. Plüschgarn. od. Paneelf.	M.	130,
1 „ nußb. Salon-Vertico-	„	60,
1 „ „ Salontisch	„	22,
1 „ „ gr. Säulen-Trumeau mit Fas.	„	55,
4 moderne Rohrlehnstühle	„	24,

Wohnzimmer.

1 Kleidersekretär mit Muschel	„	1,
1 Speisetisch mit Ausziehen	„	2,
1 gr. Pfeilerip. m. Schränkch.	„	35,
1 gute Ottomane mit Ripsbez.	„	50,
4 Stühle mit Rohrsitz	„	14,
1 Servirtisch	„	10,

Schlafzimmer.

2 franz Betts. mit Sprungf.-Matratze und Keilkissen	„	88,
1 Waschtisch mit Marmorplatte	„	32,
1 Waschtischspiegel	„	3,
1 compl. Kücheneinrichtung	„	40,

Alles zusammen für M. 620.

Sämmtliche Möbel werden zu selben Preis auch einzeln abgegeben. Trotz der billigen Preise langjähr. Garantie. Gekaufte Möbel werden unentgeltlich aufbew. u. z. best. Zeit franco geliefert.

Special-Geschäft

Alexander Paetzelt

Leipziger Straße 9, gegenüber Ulrichskirche

empfiehlt sein neu ausgestattetes Lager in:
Haarschmuck, Kämmen, Bürsten, Zahnbürsten 2c.
in grobartiger Auswahl
Reise- und Toilette-Artikel, Parfümerien sowie **Haushaltungs-Bürstenwaaren;** ferner **chinesische Matten, Schwämme, Fensterleder, Rohrklopfer** 2c. zu billigsten festen Preisen.

Leipziger Straße 9.

Alexander Paetzelt.

David's Mignon-Schokolade ist zu haben bei **Julius Lüderitz, Harz 29.**

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle.

Mit 3 Beiblättern und Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19000402015/fragment/page=0004